

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 07. Februar 2020

Anhörung im Innenausschuss bestätigt die Bedenken der Hessischen Ausländerbeiräte

Ausländerbeiräte sind mit ihrer Kritik nicht alleine!

Anlässlich der Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtags zum Entwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern äußerten eine Vielzahl der teilnehmenden Organisationen Kritik.

Im Mittelpunkt der Bedenken stand die gesetzliche Regelung, kommunale Ausländerbeiräte mit einem Optionsmodell durch Integrations-Kommissionen zu ersetzen. Deutliches Befremden artikulierten die Anzuhörenden auch hinsichtlich der Verfahrensweise. Sie schlossen sich auch hierbei der Meinung des Landesausländerbeirates an, der die fehlende frühzeitige Information und Einbeziehung rügte.

Es wurde deutlich, dass die von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte vielfach vehement geäußerten Bedenken von einer Vielzahl gesellschaftlicher Verbände, aber auch von Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft geteilt werden.

Enis Gülegen, Vorsitzender des Landesausländerbeirats erklärte: „Dies werten wir als eindeutige Bestätigung unserer Vorbehalte“.

Wir hoffen, dass jetzt ein Umdenken bei den politisch Verantwortlichen einsetzt, so Gülegen weiter.

„Es ist trotz allem und umso erfreulicher, dass die hessischen Ausländerbeiräte in einer für sie so schwierigen Situation nicht allein stehen und diese Form von verbandsübergreifender Solidarität gezeigt wird“ sagte der agah-Vorsitzende.